

Gorbi helfen?

Ja, aber...

VON JOSEF A. JOFFE
WPA-W.

Eigentlich ist die Sowjetunion pleite und gehört unter den Konkurshammer. Der Cash Flow versiegt, die Anlagen taugen nichts, die Rücklagen sind verschwunden, die Schulden wachsen, das Management sollte umgeschult werden. Schlimmer noch: Der Betrieb gehorcht seit 1917 dem falschen Geschäftsprinzip, das bloß manchmal – und scheinbar – funktioniert hat. In den 20er und 30er Jahren konnte der damalige Allein-Vorstand Stalin noch auf prächtige Bilanzen verweisen, weil das Grundgesetz allen Wirtschaftens – die Knappheit – scheinbar außer Kraft war: Die Produktionsfaktoren „Land“ und „Arbeit“ gab es in Hülle und Fülle; wo es trotzdem haperte, half der Terror nach. Da konnte noch der bornierteste Befehlswirtschaftler Wachstum vorzeigen.

Nach dem Krieg, nach einem aufgestauten Konsumbedarf, zählte ebenfalls Masse statt Klasse; ein hungriger „Markt“ räumte alle Regale. In den 70er Jahren lieferte die Energiekrise noch einmal Aufschub: Hohe Weltmarktpreise gaukelten dem größten Gas- und Ölproduzenten vor, daß wieder nicht gewirtschaftet werden mußte; man war ja „reich“ und konnte im Ausland heranschaffen, was das eigene System nicht zu produzieren vermochte – ob Mehl oder Maschinen. Nun aber sind alle Tricks der Befehlswirtschaft ausgeschöpft. Es herrscht die Not allenthalben, und schlimmer noch: In all den Jahrzehnten des scheinbaren Fortschritts ist die Sowjetunion stetig hinter die Marktwirtschaften zurückgefallen. Rußland '90: Das ist ein schier bodenloses Nachfrageloch und zugleich ein Viertwelt-Land, wo es ums Angebot geht. Kaum ein Produkt *Made in U.S.S.R.* kann sich auf dem Weltmarkt durchsetzen.

Das ist die eine, die stumpfe Seite der Medaille. Die andere Seite besagt, daß keiner der Sieben Reichen, die sich seit gestern auf dem Gipfel zu Houston tummeln, ein Interesse am Sturz des neuen Vorstandsvorsitzenden in Moskau hat. Bonn, Paris und Rom wollen so oder so Neu-Emissionen der „Sowchos KG“ kaufen; Washington, Tokio und London wollen's zwar nicht, sind aber voll der Sympathie. 15 bis 20 Milliarden Dollar, so Kohl & Co., soll der Westen sofort anlegen.

Wer hat recht? Durch die kalten Augen des Wirtschaftsprüfers gesehen, haben Bush, Kaifu und Thatcher die bessere Einsicht. Wer in einer Pleite-Firma investiert, die nicht einmal einen Sanierungsplan vorgelegt hat, könnte genauso gut Konfetti aus seinen Geldscheinen stanzen. Und wer's nicht glaubt, muß bloß einen Blick zurück auf die 70er Jahre werfen, als der Westen Milliarden nach Polen und Ungarn schaufelte. Gewachsen ist nur der Schuldenberg; gestützt wurde nur eine Wirtschaft, welche durch die Subsidien davon abgehalten wurde, die lebensnotwendigen Marktreformenten anzupacken.

Dito die Sowjetunion '90. Mit West-Milliarden könnte sich vielleicht Gorbatschow halten, indem er hier Weizen, dort Blue Jeans über der Bevölkerung ausstreut (alles überdies zu kräftigen Monopolpreisen, welche nur die Staatskasse auffüllen). Aber die „regulierte Marktwirtschaft“, eine Art schwarzer Schimmel, wird deshalb nicht florieren. Im Gegenteil: Je mehr Weizen die Sowjetunion aus dem Ausland heranschafft, desto geringer der Anreiz, ein kaputtes Verteiler- und Transportsystem zu sanieren, damit nicht ein Drittel der Ernte Jahr für Jahr verfault. Und was tun im nächsten Jahr? Wieder 20 Milliarden nach Moskau schicken, um Gorbatschow zu helfen? Wie lange?

Leider – oder gottseidank – hat Kohl, mit Mitterand, ihm Schlepptau, ganz andere Probleme. Ihm geht es um dieses Jahr, das Jahr der deutschen Vereinigung, und nicht um Sanierung, sondern – sagen wir es ruhig – um „Bestechung“. Er will, er muß, den Sowjets den Abzug aus Mitteleuropa versüßen, und da liegt angesichts der sowjetischen Hilferufe das Geschäft Geld gegen Gewährlassen (Deutschland in der NATO) auf der Hand. Mit einem satten Valutapolster in der Bank könnte Gorbatschow sowohl die Militärs als auch die Massen ruhigstellen, indem er diesen einen kurzen Konsum-Boom, jenen ein Stück Kompensation liefert.

Freilich kennen auch die Verbündeten die besondere Marktposition der Deutschen. Den Amerikanern paßt es ohnehin nicht, Gorbatschow zu alimentieren, damit er so Milliarden an Castro vor ihrer Haustür weitergeben kann. Überdies muß Washington vorweg den eigenen Haushalt sanieren. Tokios vorrangiger Partner ist Peking, nicht Moskau. Und alle zusammen wissen, daß Bonn nicht nur märchenhaft reich ist, sondern auch ein geschärftes Eigeninteresse daran hat, Gorbatschow bei Laune und an der Macht zu halten. „Bonnemann, geh du voran“ ist deshalb die ungeschriebene Devise des Houstoner Gipfels.

So wird den Bonnern auch nichts anderes übrigbleiben, derweil die anderen nicht ganz so großzügig sein werden. Freilich stecken alle im selben Dilemma. Obwohl ökonomische Vernunft Kargheit als Reformstachel verordnet, gebietet das politische Interesse eine gewisse Largesse, weil über allem die bange Frage schwebt: „Nach Gorbatschow – was dann?“ Nur sollten die Sieben Reichen wegen Gorbatschow nicht ganz die harten Gesetze wirtschaftlicher Vernunft vergessen. Am besten wäre ein kräftiger Vorschuß jetzt, aber mit der Maßgabe: Hernach wird nur dem geholfen, der sich selbst hilft – mit Reformen Zug um Zug. Das müßte auch dem Vorstandschef einleuchten. Denn es kann nicht Gorbatschows, nicht das Interesse der UdSSR sein, zum Wohlfahrtsempfänger des Westens herabzusinken.